

Frage 1 und 2 werden zusammen beantwortet:

Sachsen-Anhalt hat viele starke Seiten – und muss gleichzeitig Probleme bewältigen, die keinen Aufschub dulden. Unser Land ist in den letzten Jahren ein großes Stück vorangekommen, doch viele Menschen und gerade Familien müssen in ihrem Leben – besonders im Moment - große Herausforderungen meistern. Dabei wollen wir sie unterstützen.

1. *Familiengerechtigkeit fördern!*
3. *Betreuung und Bildung*

Menschen, die sich für Kinder entscheiden, wollen und brauchen gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Schließung der Kindertageseinrichtungen während der Corona-Pandemie hat noch einmal eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine professionelle und verlässliche Kinderbetreuung ist. Wir haben dafür gesorgt, dass bei geschlossenen Kitas die Elternbeiträge erstattet wurden. Familien waren und sind während der Corona-Pandemie und der Schließung der Einrichtungen und Schulen besonders betroffen und können oft nicht Vollzeit arbeiten. Sie werden mit einem zweifachen Kinderbonus, den die SPD auf Bundesebene durchgesetzt hat, in 2020 und 2021 unterstützt: 300 Euro und 150 Euro einmalig zur freien Verfügung für jedes Kind. Das hilft nicht nur allen Familien, sondern setzt auch einen starken Konjunkturimpuls. Zur verbesserten Teilhabe von Familien mit Kindern setzen wir auf das auf Bundesebene umzusetzende Konzept der Kindergrundsicherung. Im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes wurde eine Pflicht zum Homeoffice rechtlich dort verankert, wo es betriebsbedingt geht, um Arbeitnehmer*innen zu schützen und Kinderbetreuung zu ermöglichen, auch wenn die Umstände insbesondere durch Home-Schooling für viele Familien mehr Be- als Entlastung waren. Wir setzen aber auch für die Zeit nach der Krise auf Initiativen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und das Recht auf Homeoffice.

Sachsen-Anhalt hat mit einer Betreuungsquote von 94 Prozent der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren einen bundesweiten Spitzenplatz. Auf unser Angebot an Kindertagesstätten und Horten, wie auf unseren Rechtsanspruch für jedes Kind ab Geburt können wir stolz sein. Aber auch hier sind weitere Verbesserungen notwendig. In der aktuell zu Ende gehenden Legislatur haben wir das Kinderförderungsgesetz erneuert, konnten dabei Familien bei den Beiträgen stark entlasten und mehr Fachkräfte in die Kitas bringen. Wer mehrere Kinder in Kindergarten und/oder Krippe hat, zahlt nur für das älteste Kind. Hier nutzen wir auch die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz des Bundes. Das entlastet das Familienbudget. Wir wollen, dass frühkindliche Bildung und Betreuung genau wie Schule künftig beitragsfrei werden. Die Beitragsfreiheit ist eines unserer großen Vorhaben für die kommende Wahlperiode. Damit werden Eltern finanziell entlastet, und Kommunen und Träger sparen Verwaltungsaufwand. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Randzeitbetreuung noch besser auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf abgestimmt und ausgebaut wird. Bei den Erzieher*innen haben wir den Einstieg in die Schulgeldfreiheit geschafft, die verstetigt werden soll. Wir setzen uns weiterhin für die Verstetigung der dualen und vergüteten Ausbildung von Erzieher*innen ein. Hier muss die Unterstützung des Bundes dauerhaft erfolgen und die Ausbildung schulgeldfrei sein. Unser Ziel ist es, dass alle Auszubildenden eine praxisintegrierte und vergütete Ausbildung erhalten, Fachkräfte sich beständig weiterbilden können und der Personalschlüssel verbessert wird.

Wir wollen außerdem die Kita näher an die Grundschule heranrücken. Beim Übergang in die Schule müssen Grundschullehrkräfte auf das Wissen der Erzieher*innen aufbauen dürfen. Eine enge Kooperation zwischen beiden Bildungseinrichtungen wird deshalb immer wichtiger und von uns unterstützt. Die Erfahrungen mit der Covid-19-Pandemie hat uns besonders deutlich vor Augen geführt, an welchen Stellen das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt Nachholbedarf hat. Der Bildungspolitik wird aktuell in der Landesregierung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt, und viele dringende Aufgaben bleiben liegen. Die

Unterrichtsversorgung für Grund-, Gemeinschafts- und Sekundarschulen sinkt weiter, und das Land stellt weiterhin nicht genügend Lehrkräfte ein. Wir müssen ebenfalls feststellen, dass unsere Schulen bei weitem nicht so ausgestattet sind, dass Lehrpläne erfüllt werden können und ein gutes Lernen an allen Schulen möglich ist. Das Engagement von Lehrer*innen und pädagogischen Mitarbeiter*innen kann die oftmals fehlende Ausstattung nur begrenzt ersetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gemeinschaftsschule, die sich als leistungsstarke und vor allem sozial gerechte Schulform etabliert hat, gestärkt wird. Um ein erfolgreiches längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen, werden wir alle Entwicklungshemmnisse beseitigen, die die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen verzögern oder aufhalten. Längeres gemeinsames Lernen ist ein Erfolgsmodell, und es muss mit Modellen der Ganztagschule zusammen gedacht und entwickelt werden. Wir brauchen daher mehr Ganztagschulen und wollen deshalb in einem ersten Schritt Grundschulen und Hort zu Ganztagschulen zusammenführen.

Die coronabedingte Umstellung auf digitale Unterrichtsangebote hat auch gezeigt, welcher Fortbildungsbedarf an unseren Schulen besteht. Die Professionalisierung der Lehrkräfte durch Fortbildung muss einen höheren Stellenwert bekommen. Diese Fortbildungsbedarfe müssen im Rahmen der Qualitätsfeststellung an Schulen gezielter erhoben werden und in eine Nejustierung münden. Für einen verstärkten regelhaften Einsatz digitaler Medien im Unterricht bedarf es deshalb zukünftig einer großen digitalen Bildungsoffensive, die wir aber meistern können. Eine wichtige Erkenntnis aus der Zeit der Schulschließungen und des Heimunterrichts ist, dass unsere Kinder sehr unterschiedlichen Lernvoraussetzungen hatten. Wir werden alle verfügbaren Mittel von Bund und Land bündeln, um für den Unterricht geeignete Endgeräte für jedes Kind zu beschaffen. Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät zur Verfügung hat. Wir wollen, dass Lehrkräfte, gezielt und verpflichtend ortsnahe medienpädagogisch aus- und fortgebildet werden, um digitale Lerninhalte auch didaktisch aufbereiten zu können.

Ob ein Kind erfolgreich lernt und einen höheren Bildungsabschluss erreicht, hängt aber immer noch zu sehr von seiner sozialen Herkunft und den finanziellen Mitteln der Familie ab. Schulsozialarbeit an allen Schulen und Schulformen unterstützt Kinder bei der Bewältigung von Problemen, stabilisiert und bildet eine wichtige Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule. Die SPD-Fraktion hat sich für eine Verstärkung und Stärkung der Schulsozialarbeit eingesetzt – das heißt eine verlässliche Finanzierung und Sicherung aller derzeit vorhandenen Stellen. Mit der Novellierung des Schulgesetzes konnte Schulsozialarbeit gesetzlich verankert werden. Wir brauchen Sozialarbeit als festen Bestandteil der schulischen Erziehungsarbeit aber auch in Kitas mit besonderen Bedarfen.

2. *Abbau struktureller Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien*
7. *Information und Unterstützung*
10. *Gesellschaftliche Teilhabe*

Die Lebenssituation für Familien, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen zu verbessern, ist ein vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik. Dies umso mehr, weil Familien und Ältere immer noch ein höheres Armutsrisiko haben. Sie zu unterstützen und ihre Teilhabe zu fördern ist uns daher besonders wichtig. Teilhaben und Teilgeben braucht ein Mindestmaß an funktionierenden Angeboten für die alltäglichen Notwendigkeiten und ein Mindestmaß an einer Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge. Damit eine umfassende Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge erreicht werden kann und die Kommunen gerade im ländlichen Raum entsprechende Angebote auch für Familien vorhalten können, sorgen wir für stabile und verlässliche Kommunalfinanzen, in denen ein Flächenfaktor eingearbeitet ist

Menschen brauchen in verschiedenen Lebenssituationen Orientierung, Rat und Hilfe. Oft handelt es sich um komplexe Probleme aus verschiedenen Bereichen, die in einer gebündelten Beratung gemeinsam mit Kooperationspartner*innen gelöst werden kann. Wir setzen daher weiterhin auf eine gut ausgebaute Beratungslandschaft mit Ehe-, Familien-,

Lebens- und Erziehungsberatung, Schwangerschafts-, Sucht- und Schuldner*innenberatung Gerade in der Kinder- und Jugendhilfe braucht es verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen, auf die sich alle Beteiligten verlassen können. Neben der Gesundheitsprävention in Kitas und Schulen setzen wir auf Angebote zur Gesundheitsförderung für junge Familien, zum Beispiel in den Familienbegegnungsstätten und im Rahmen der Familienhilfe. Wir wollen insgesamt einen unbürokratischen Zugang zu Präventionsangeboten und Gesundheitsleistungen. Gerade für die Angebote von Ämtern und digitale Angebote des E-Government gilt es die Belange von Familien besonders zu beachten, damit diese auch genutzt werden (können).

4. Unterstützung von Pflege- und Adoptivfamilien

Wenn Kinder aus unterschiedlichsten Gründen nicht mehr in ihren Herkunftsfamilien bleiben können, werden sie von Pflege- oder Adoptivfamilien aufgenommen und finden dort ein neues Zuhause. Die Zahl der Pflegekinder ist in den letzten Jahren angestiegen, aber nicht die Zahl der Familien, die Kinder vorübergehend oder dauerhaft aufnehmen. Wir wollen daher Familien stärker bei der Erstattung ihrer Leistungen und Begleitung durch Familiensozialarbeit unterstützen, um so die Situation der Pflegefamilien zu verbessern. Die wichtige Arbeit der Familienverbände wird durch das Land finanziell institutionell gefördert und dies soll auch nicht verändert werden. Der Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern wird seit Mitte 2020 erstmals im Rahmen einer Projektförderung gefördert. Pflegefamilien erhalten endlich eine deutlich höhere Erstattung für ihre Erziehungs- und Pflegeleistungen. Die Familienverbände leisten eine wertvolle Arbeit und sie sollen auch weiterhin finanziell vom Land gefördert werden. Wir unterstützen eine bessere Vernetzung zur kommunalen Ebene und Jugendhilfeplanung.

5. Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen

Wenn ein Familienmitglied pflegebedürftig wird, stehen Angehörige vor der Herausforderung die Pflege und ggf. Berufstätigkeit unter einen Hut zu bekommen, denn ein Großteil pflegebedürftiger Menschen wird Zuhause gepflegt und betreut. Die körperliche und psychische Belastung der Angehörigen ist oft enorm. Es gibt viele Unterstützungsleistungen für pflegende Angehörige, so u.a. das Angehörigen-Entlastungsgesetz, das Eltern und Kindern die Angst vor einer unkalkulierbaren finanziellen Unsicherheit nimmt. Mit dem Anspruch auf Pflegezeit für Beschäftigte, können nahe Angehörige in häuslicher Umgebung gepflegt werden. Der Anspruch auf Pflegezeit ist derzeit unbezahlt für die Dauer von bis zu sechs Monaten. Die SPD will daher einen Anspruch auf Pflegezeit mit Lohnersatzleistung erreichen, die der von Elternzeit und Elterngeld entspricht.

Aber Pflege muss auch ausreichend und gerecht finanziert und Beschäftigte nach Tarif bezahlt werden. Wir unterstützen alle Initiativen in dieser Richtung, aber da dies höhere Kosten zur Folge haben wird, muss die Pflegeversicherung in eine Pflegevollversicherung umgewandelt werden. Darüber hinaus erhöhen bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für Pflegekräfte die Attraktivität des Berufes damit sich mehr Menschen dafür entscheiden. Wir setzen uns zudem für eine deutliche Stärkung der ambulanten Versorgung im haus- und fachärztlichen Bereich ein, für die Stärkung der Pflege im Quartier und der Pflegeberatung vor Ort.

6. Wohnung und Lebensraum

Wohn- und Baupolitik muss gerade für den städtischen Bereich die Belange von Familien im Blick haben. In der aktuellen Wahlperiode haben wir mit der Novelle der Landesbauordnung geregelt, dass bei Neubauten mit mehr als drei Wohnungen auch verpflichtend ein Spielplatz mit anzulegen ist. Außerdem geben wir den Kommunen die Möglichkeit, in ihren Satzungen u.a. die Verpflichtung zur Begrünung von Fassaden zu regeln. Zusätzlich wurde die Anlage von sogenannten Schottergärten verboten. Wir erhoffen uns so, mehr Grün und mehr

Aufenthaltsqualität. Klar ist, wir müssen uns weiterhin für familiengerechte Wohnbedingungen einsetzen. Dazu werden wir die Schaffung von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum und von Wohnraum für junge Familien vorantreiben. Wichtige Partner*innen dabei sind und bleiben die kommunalen Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften. Das gilt auch für private Vermieter, solange sie Mieter*innen zu fairen Bedingungen ein Zuhause bieten. Große Wohnungskonzerne, die Mieter*innen wegen unlauterer Renditeerwartungen ausplündern, sind für uns keine Partner*innen. Auch in Sachsen-Anhalt steigen die Mietpreise. Daher brauchen wir einen sozialen Wohnungsbau, um der sozialen Entmischung vor allem in innerstädtischen Lagen und in Plattenbaugebieten entgegenzuwirken. Zudem sind die Wohnbauförderungsmittel für die Herstellung von bezahlbarem Wohnraum durch Bestandssanierungen zu verwenden.

8. Mobilität und die Entwicklung des ländlichen Raums für generationsübergreifende Attraktivität

Jede*r möchte möglichst einfach, schnell und sicher von A nach B kommen. Dabei sind die Bedingungen in den verschiedenen Teilen des Landes sehr unterschiedlich. Während in den Städten ÖPNV und Rad zunehmend eine Alternative zum Auto sind, ist man im ländlichen Raum ohne eigenen PKW oft stark eingeschränkt. Mobilität muss für alle verfügbar, bezahlbar und ökologisch nachhaltig sein. Die SPD setzt sich für passgerechte Verkehrslösungen und die Verfügbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Regionen im Land ein. Vor dem Hintergrund des Klimawandels setzen wir auf eine schrittweise Umstellung von fossilen auf andere Energieträger, um aktiv eine Verkehrswende zu gestalten, die von den Menschen im Land getragen wird. In Sachsen-Anhalt soll der ÖPNV überall zur vollwertigen Alternative zum Auto werden. Wir setzen uns ein für ein Förderprogramm für flächendeckenden ÖPNV im ländlichen Raum, die Sicherstellung der bestehenden Straßenbahnnetze sowie die Förderung der Neuanschaffung von Straßenbahnen und der Schaffung barrierefreier Haltestellen ein. Wir schaffen mehr Mobilität durch ein Landesprogramm für direkten Schüler*innenverkehr und kostenlosen Schüler*innenverkehr auch für die Sekundarstufe II sowie durch Modellprojekte für ein 365-Euro-Ticket im städtischen und ländlichen Raum mit verschiedenen Ratenzahlungsoptionen. Ein weiterer Baustein, den wir fördern wollen sind intelligente und nutzerfreundliche Car-Sharing-Modelle.

9. Ausbau der digitalen Infrastruktur

Für gleichwertige Lebens- und Wettbewerbsbedingungen in Stadt und Land, in der Kleinstadt wie in der Großstadt braucht es eine flächendeckende Netzinfrastruktur auf der Höhe der Zeit. Beim Infrastrukturausbau hat Sachsen-Anhalt in der letzten Legislaturperiode das Tempo deutlich beschleunigt, aber es gibt noch viel zu tun. Wir wollen Sachsen-Anhalt deshalb schnell und flächendeckend in das Gigabit-Zeitalter führen. Die Grundlage dafür schaffen wir zunächst mit dem Lückenschluss im LTE-Netz und bei der Breitbandversorgung, während der Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes entsprechend der Gigabit-Strategie und des 5G-Netzes bereits vorangetrieben wird. Wir werden Mittel in dreistelliger Millionenhöhe bereitstellen, um so schnell wie möglich, spätestens jedoch bis 2025 alle Bürger*innen mit einem breitbandigen Internetanschluss – kabelgebunden oder mobilfunkgestützt – zu versorgen.

Wir streben mit einer E-Government-Strategie schon für 2022 eine Verfügbarkeit aller Verwaltungsdienstleistungen von Kommunen und Land im digitalen Raum an. Dies soll Verwaltungsverfahren aufgrund der Reduzierung von Postwegen und Papieraufwand deutlich verkürzen. Ergänzend wollen wir des Weiteren digitale Identifizierungsmöglichkeiten und elektronische Signaturen einführen, um auch den Austausch mit der Verwaltung vollständig digital zu ermöglichen. Generationenübergreifende Unterstützung ist dabei notwendig: Wir setzen auf ein Programm für die digitale Teilhabe älterer Menschen: zur Vernetzung von Senior*innentreffs, zur Unterstützung bei Beschaffung und Bedienung geeigneter Endgeräte, für mehr barrierefreie Angebote im Netz, für den Support eigener Social-Media-Accounts.

Die Digitalisierung eröffnet auch in der Gesundheitsversorgung neue Chancen für einen schnellen und barrierefreien Zugang zu Gesundheitsleistungen, gerade im ländlichen Raum. Um diesen Fortschritt allen Menschen zugänglich zu machen, bedarf es erheblicher Anstrengungen. Hierfür wollen wir ein Zentrum für Digitalisierung im Gesundheitswesen innerhalb des Gesundheitsministeriums etablieren. Wir brauchen daher eine frühzeitige Förderung zukunftsweisender Technologien, um die Chancen der Telemedizin zu nutzen und schnelles Internet für jede Gesundheitseinrichtung, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen zu beschleunigen.

11. Migration und Integration

Sachsen-Anhalt braucht mehr Zuwanderung, um wirtschaftlich leistungsfähig und kulturell attraktiv zu bleiben. Mit einer Strategie für Zuwanderung und internationale Zusammenarbeit wollen wir dazu beitragen, den Bevölkerungsrückgang zu lindern, lebenswerte Dörfer und Städte zu erhalten, Arbeits- und Fachkräfte sowie Unternehmensnachfolger zu gewinnen und die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern. Damit die Steuerung von Zuwanderung, Migration und Integration effizienter als bislang erfolgen kann, sprechen wir uns für die Bündelung der migrationsbezogenen Zuständigkeiten in einem Ressort aus. Wir wollen die Arbeitsmarktintegration durch Qualifizierungen verbessern, Zugänge erleichtern, im Ausland erworbene Berufsabschlüsse schneller anerkennen und interkulturelle Kompetenzen und Mitgestaltung auf allen gesellschaftlichen Ebenen, u.a. Kultur, Bildung, Sport, Verwaltung etc. ausbauen. Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, erhalten frühzeitig Sprachunterricht an den Schulen. Wir gehen gegen die Ausbeutung von migrantischen Arbeitskräften und Saisonarbeitskräften durch Werkverträge, miese Arbeitsbedingungen und Unterbringung in Massenunterkünften vor. Mit der BemA – Beratungsstelle für migrantische Arbeitskräfte – dem Zoll, dem Landesamt für Verbraucherschutz und den Kommunen wollen wir Verfehlungen konsequent ahnden und die Arbeitsbedingungen verbessern. Auf Bundesebene wurden die Gesetze zum Verbot von Werkverträgen und bis auf Ausnahmen der Leiharbeit in Fleischfabriken beschlossen.

Unser Wahlprogramm enthält noch eine Vielzahl weiterer Ansätze, die das Leben der Menschen in Sachsen-Anhalt und damit auch das von Familien verbessern und zukunftssicher machen sollen: z.B. in den Bereichen Klima und Umwelt, Wirtschaft und Wissenschaft, Demokratie und Inklusion, Innerer Sicherheit und Justiz, Kultur und Sport. Für die Umsetzung dieser und der oben genannten Vorhaben in Gesetze und Maßnahmen sind die Familienverbände für uns wichtige Gesprächspartner.